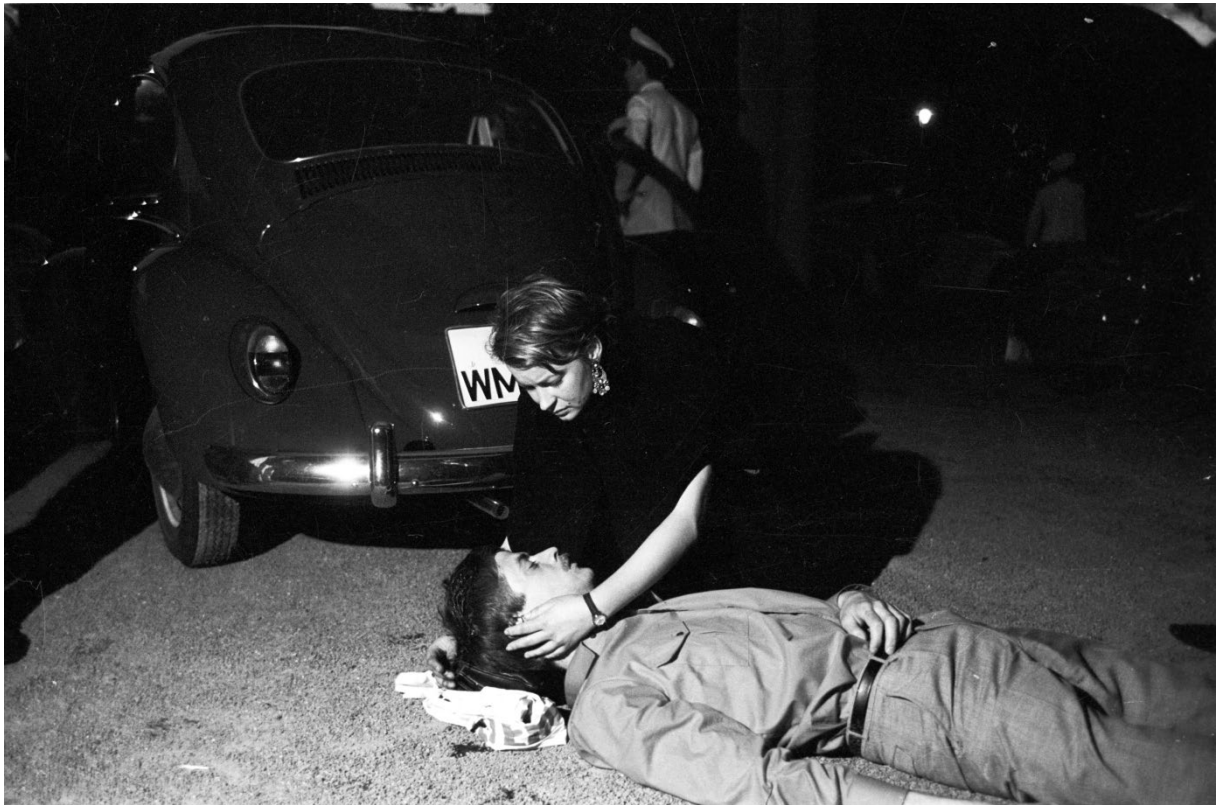


## Die Scheinheiligen

### Die Vorbereitung des Trauerkondukts für Benno Ohnesorg durch das MfS

Jochen Stadt

Benno Ohnesorg sollte auf Wunsch der Familie in seiner Heimatstadt Hannover beigesetzt werden. Für die Überführung des Sarges gab es 1967 nur zwei Möglichkeiten, entweder den Luftweg oder die DDR-Autobahn. Eine jetzt aufgetauchte Sammelakte des DDR-Staatssicherheitsdienstes enthält die Entscheidungsprozesse zum Transit des Leichenwagens.<sup>1</sup> Die Unterlagen wurden bei Recherchen zum Forschungsprojekt über die MfS-Tätigkeit gegen die West-Berliner Polizei aufgefunden. Obgleich bei der BStU seit langem ein Forschungsantrag über MfS-Maßnahmen gegen die Freie Universität Berlin und dort Beschäftigte bzw. Studierende vorliegt, gab die Stasiunterlagenbehörde in diesem Zusammenhang keine Hinweise auf diesen wichtigen Bestand. Ebenso verhielt sich die Behörde vor geraumer Zeit im Fall Kurras.



BStU-Kopie

*Dieses und weitere Fotos von den Ereignissen am 2. Juni 1967 sind auf Kontaktstreifen enthalten, die sich in einer Materialsammlung des MfS zu „Kampagnen gegen die WB-Polizei“ befinden. Wer der Fotograf war und wie das MfS an die Kontaktstreifen kam, ist bislang nicht bekannt.*

Quelle: MfS-ZAIG-11112-Seite-0365-Bild-3

---

1 Vorbereitung des Trauerkondukts für Benno Ohnesorg durch das MfS mit Schreiben und Aktennotizen der BV Groß-Berlin des MfS, der MfS-Abteilung Agitation und der Westabteilung (Abt. 62) des ZK der SED. BStU, ZA, MfS, ZAIG Nr. 11112.

Der zu dem MfS-Agenten und SED-Mitglied Karl-Heinz Kurras im Stasi-Archiv aufgefundene Aktenbestand wurde von der BStU dem FU-Forschungsprojekt zur MfS-Tätigkeit gegen die Freie Universität und ihre Mitglieder nicht vorgelegt. Die Bundesbeauftragte für die MfS-Unterlagen, Marianne Birthler, verteidigte seinerzeit die Arbeit ihres Archivs mit dem Argument: „Es sei in der Vergangenheit niemand auf die Idee gekommen, Akten zu Kurras bei ihrer Behörde anzufordern. Wenn Forscher dies getan hätten, wären die Unterlagen auch zur Verfügung gestellt worden.“<sup>2</sup> Das erklärte sie gegenüber der Illustrierten *Stern* nach der spektakulären Veröffentlichung des Aktenfundes durch die wissenschaftlichen BStU-Angestellten Helmut Müller-Enbergs und Cornelia Jabs.<sup>3</sup> Laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* behauptete die Bundesbeauftragte, die MfS-Akten über Kurras seien „für interessierte Antragsteller zu jedem Zeitpunkt über den Namen Karl-Heinz Kurras zugänglich“ gewesen, doch habe keiner der Historiker und Journalisten, die etwa zum 40. Jahrestag des Schusses auf Ohnesorg oder zur Geschichte der Studentenrevolte publizierten, jemals Akteneinsicht beantragt: Entdeckungen im Archiv setzten immer Ideen und Fragen voraus, meinte Frau Birthler.<sup>4</sup> Gegenüber der *B.Z.* sagte Frau Birthler: „Die Akte Kurras liegt bei uns schon seit sehr langem im Archiv, sie wäre über die zentrale Kartei zugänglich gewesen, wenn jemand auf die Idee gekommen wäre, mal einen Antrag zu stellen. Niemand hat sich für die Akte Kurras interessiert“.<sup>5</sup> Allerdings gestand die Bundesbeauftragte gegenüber der *B.Z.* zur Art und Weise der Veröffentlichung durch ihre Wissenschaftlichen Mitarbeiter „interne Kommunikationsprobleme“ ein.

Toralf Staud kritisierte in der *Zeit* das Behördenverhalten im Fall Kurras: „Peinliche Panne in der Birthler-Behörde: Die Stasi-Akte des Ohnesorg-Todesschützen tauchte schon 2003 auf. Aber kein Mitarbeiter erkannte ihre Brisanz“. Man könnte das alles als bedauerlichen Zufall ansehen, wie das die Behörde versucht, schrieb Staud, „man könnte aber auch fragen, was die Sache über die Arbeit und den Aufbau des Hauses mit etwa 100 Millionen Euro Jahresetat aussagt. Hätte die Kurras-Akte schon, wie es Kritiker der Behörde seit Längerem fordern, im Bundesarchiv gelegen, wäre sie vermutlich nicht so lange unentdeckt geblieben. Dort haben die Archivmitarbeiter in der Regel eine fachliche Ausbildung. Die Wahrscheinlichkeit, dass dort jemand über die Namen ‚Kurras‘ oder ‚Ohnesorg‘ gestolpert wäre, erscheint deutlich größer. Im Bundesarchiv werden die Akten auch vollkommen anders erschlossen als in der Birthler-Behörde: Im Bundesarchiv können Wissenschaftler und Journalisten direkt – teilweise sogar per Internet – in den erschlossenen Unterlagen recherchieren. Bei der Birthler-Behörde sind sie darauf angewiesen, dass die Sachbearbeiter stellvertretend für sie an den richtigen Stellen suchen. Dabei kann es eben passieren, dass sie interessante Hinweise übersehen, die einem im Thema vertieften Wissenschaftler sofort auffallen würden. ‚Karl-Heinz Kurras ist im Jahr 2003 knapp der Enttarnung als IM entgangen‘, überschreibt Birthlers Sprecher in seiner Pressemitteilung den Vorgang. Er hätte aber auch formulieren können: ‚Unserer Behörde ist im Jahr 2003 eine peinliche Panne unterlaufen“.<sup>6</sup>

2 Vgl. <http://www.stern.de/politik/deutschland/fall-kurras-birthler-wehrt-sich-gegen-vorwuerfe-701-861.html>.

3 Vgl. Müller-Enbergs, Helmut/Jabs, Cornelia: Der 2. Juni 1967 und die Staatssicherheit. Deutschlandarchiv Nr. 3/2009, S. 395 ff.

4 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. Mai 2009: Birthler verteidigt Arbeit ihrer Behörde.

5 Vgl. Fall Kurras: Birthler räumt Fehler ein. *B.Z.* vom 26. Mai 2009.

6 Toralf Staud: Kurras-Akte schon vor sechs Jahren gefunden. *Die Zeit* 28. Mai 2009.

Die Stellungnahmen der Bundesbeauftragten wiesen in der Tat auf ein recht eingeschränktes Selbstverständnis der Aufgaben einer Institution hin, die in ihrem Archiv Unterlagen von bleibendem Wert für die Erforschung oder das Verständnis der deutschen Geschichte erschließt und verwaltet. Den Wissenschaftlern und Journalisten, die sich mit den 1967/68er-Ereignissen in der Bundesrepublik und West-Berlin befassen, hätten von einem sachgerecht geführten Archiv selbstverständlich die Kurras-Akten vorgelegt werden müssen, da sie für diese folgenreiche Ära der deutschen Zeitgeschichte von erheblicher Tragweite sind. Obwohl die Brisanz des Archivgutes zu Kurras nicht zu übersehen war – es enthält zahlreiche als streng vertraulich gekennzeichnete Dokumente aus Dienstvorgängen der West-Berliner Polizei wie auch geheime Unterlagen westalliiertem Provenienz – verschwanden die historisch wichtigen MfS-Unterlagen im Behördenregal. Dort lag auch die nachstehend beschriebene Stasi-Überlieferung, auf die an den 1967er-Ereignissen interessierte Wissenschaftler und Journalisten ebensowenig hingewiesen wurden, wie auf die siebzehnbändige Kurras-Akte.

### *Warten auf die Stasi*

Über den Inhalt der Dokumentensammlung zum Trauerkonvoi bei der Überführung Benno Ohnesorgs von West-Berlin nach Hannover gibt eine Karteikarte zu Beginn der Sammelakte folgende Hinweise:

- „1. Operative Maßnahmen-Schriftverkehr
2. Auswertungsprojekte
3. Kampagnen gegen die WB-Polizei
4. Pressemeldungen (DDR u.- West)“.



BSIU-Kopie

*Foto aus der Kontaktstreifensammlung des MfS.*

Quelle: MfS-ZAIG-11112-Seite-0365-Bild-3

Die Dokumentensammlung enthält eine zusammenfassende Darstellung der „Westberliner Polizeiaktion gegen Studenten der ‚Freien Universität‘ anlässlich des Besuchs von Vizepräsident Humphrey in Westberlin“ und die Aufzeichnungen über „Operative Maßnahmen“ des MfS im Vorfeld der Überführung des Leichnams von Benno Ohnesorg nach Hannover“. Sie enthält auch die Gesprächs- und Aktennotizen über die Verhand-

lungen im Vorfeld des Trauerkonvois von West-Berlin nach Hannover. Demnach rief der

Außenreferent des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Freien Universität Berlin, Michael Mohs, am 5. Juni gegen 15.45 Uhr von der Grenzübergangsstelle Heinrich-Heine-Straße die Ost-Berliner Amtsleitung 520211 Apparaturnummer 388 an und bat um ein Gespräch mit dem Mitarbeiter des DDR-Innenministeriums Herrn Linke. Der Mann am Telefon reagierte zunächst überrascht, einen Herrn Linke gebe es hier nicht, er bitte um einen Moment Geduld. Wenig später meldete sich dann doch Herr Linke am Apparat und fragte, woher der Anrufer denn die Telefonnummer habe. Mohs

antwortete, von einem Bürger in West-Berlin, der ihnen einen Kontakt zum DDR-Innenministerium zwecks Absprachen über den Transit des Leichenwagens mit den sterblichen Überresten von Benno Ohnesorg und der Begleitfahrzeuge vermitteln wollte. Der vermeintliche Herr Linke hieß tatsächlich Ligmann und arbeitete als Oberleutnant in der MfS-Bezirksverwaltung Groß-Berlin, Abteilung XX/5. Der Bürger aus West-Berlin, der dem AStA-Referenten die Durchwahl mitgeteilt hatte, war ein ehemaliger West-Informant von Oberleutnant Ligmann.<sup>7</sup> Nachdem MfS-intern mit dem stellvertretenden Berliner Stasi-Chef Oberstleutnant Wolfgang Schwanitz das Vorgehen abgestimmt worden war, wurde Mohs mitgeteilt, er solle im Bereich des Kontrollpunktes Heinrich-Heine-Straße warten, ein Vertreter des Innenministeriums werde in Kürze dort eintreffen.

Als MfS-Oberleutnant Almstedt, der den Vertreter des Innenministeriums mimen sollte, dort wenig später ankam, hatten Michael Mohs und sein Begleiter Jakobus Koch bereits in einem „Triumph“ mit der Nummer UL-EM 5 die Grenze passiert. Durch Rücksprache mit den Grenzkontrolleuren erfuhr Almstedt, daß die beiden Besucher Unterlagen „über die Ermordung des Studenten Ohnesorg“ mit sich führten. „Ein Teil dieses Materials, in welchem Hetze gegen die DDR betrieben wurde, wurde von der HPF<sup>8</sup> einbehalten. Beide Bürger haben das ohne Protest zur Kenntnis genommen.“ In der Akte befindet sich das beschlagnahmte Flugblatt der FU- und TU-Studentenvertretung an die „Berliner und Berlinerinnen!“ Darin hieß es: „Ulbrichts Bürokratenregime erschießt Menschen an der Mauer. Unterdrückt jetzt Albertz mit Hilfe der Polizei die ernsthafte politische Opposition gegen seine Politik durch Mord? Die Zukunft West-Berlins kann weder durch ein stalinistisches Ulbricht-Regime noch durch Polizeiterror in West-Berlin gesichert werden. Lassen Sie sich nicht weiter gegen die Studenten aufbringen. Demokratie heißt für uns nicht Friedhofsruhe, sondern ein Leben ohne die Willkür von Presse, Bürokratie und Polizei.“ Unterschrieben vom 2. AStA-Vorsitzenden der FU Bernhard Wilhelmer. Unter den Anlagen befindet sich auch die ausführliche Darstellung des Tathergangs, die Rechtsanwalt Horst Mahler am 4. Juni 1967 auf einer Pressekonferenz gab. Weiter sind mehrere der nach dem 2. Juni erschienenen Flugblätter und Erklärungen von studentischen Gremien enthalten.

Aus der Gesprächsnotiz, die Oberleutnant Almstedt nach dem Treffen mit Mohs und Koch anfertigte, gehen mehrere Anliegen der beiden Emissäre hervor. Michael Mohs äußerte im Auftrag des AStA der Freien Universität folgende Wünsche:

- Ein Konvoi von 100 bis 200 Fahrzeugen, der den Sargwagen am 8. Juni 1967 begleiten würde, sollte ohne oder nur nach kurzer Kontrolle die DDR-Grenze passieren dürfen. Das gleiche werde für etwa 450 Fahrzeuge erbeten, die am 9. Juni von West-Berlin zur Beerdigung nach Hannover führen.
- Studenten aus verschiedenen Universitätsstädten der DDR sollten den Trauerkonvoi begleiten. Eine Delegation der FDJ solle an dem Begräbnis in Hannover teilnehmen. Laut Almstedts Gesprächsbericht habe sodann Mohs erklärt, „daß

7 Zu dem West-Berliner namens Kerber, der dem AStA der FU den vermeintlichen Kontakt zum DDR-Innenministerium, tatsächlich aber zur Ost-Berliner Stasiverwaltung vermittelt hatte, heißt es in einer Bericht der „Verwaltung Groß-Berlin“ vom 6. Juni 1967: „Zur Frage Kerber ist zu sagen, daß es der Klarname eines ehemaligen IM des Gen. Ligmann ist. Dieser Kerber erschien nicht mehr zu Treff, nachdem ihm klar wurde, daß er wegen seiner Disziplinlosigkeit vom Mitarbeiter durchschaut war. Zu diesem Zeitpunkt war seine Sperrung für Einreisen in die DDR vorgesehen. Die Rolle dieses Mannes ist völlig unklar. Verbindung besteht seit Mitte 1966 nicht mehr.“

8 HPF = Hauptabteilung Paßkontrolle und Fahndung des MfS.

es besser gewesen wäre, die FDJ wäre selbst darauf gekommen. Er ist bereit, es so in Westberlin darzustellen.“

- Die Fahrzeuge des Konvois müßten ohne Gebühr passieren dürfen, eine Liste der Fahrzeuge werde übergeben. Der AStA wolle das so eingesparte Geld der Ehefrau Ohnesorgs übergeben. „Mohs erklärte zu dieser Frage, daß damit die DDR in verschiedenen Kreisen Westberlins und Westdeutschlands großen Eindruck hinterlassen würde.“

Zu Michael Mohs lagen bei dem Staatssicherheitsdienst folgende Informationen vor: Abitur 1965, Studium der Psychologie an der FU seit Sommersemester 1965, Mitglied des SHB. Kandidatur für den AStA unter der Begründung: „Er will den vorhandenen Ostkontakten der FU mehr Kontinuität verleihen und die FU auf diesem Gebiet vor unnötigen Fehlern bewahren. (sinngemäße Wiedergabe)“. Über Jakobus Koch schrieb Almstedt, daß dessen Vater ein persönlicher Bekannter des stellvertretenden Vorsitzenden des DDR-Staatsrates Gerald Götting (CDU) sei. Koch habe Material von einem Kongreß zur Aufhebung des KPD-Verbots mit sich geführt, das er für seinen Vater zur Ost-CDU bringen sollte. Dies wurde ihm auch gestattet, er habe es im Anschluß an das Gespräch in der Otto-Nuschke-Straße bei der CDU im Büro Götting abgeliefert.

Oberleutnant Almstedt erklärte den beiden Studenten am Ende des Gesprächs, daß er nicht entscheidungsbefugt sei. Sie sollten am kommenden Tag um 18 Uhr wieder am Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße erscheinen, um eine Antwort zu erhalten. Auf die Frage von Mohs, zu welcher Dienststelle die angewählte Rufnummer gehöre, erklärte er, „daß es eine Außenstelle des MfI sei“.

Am Vormittag des 6. Juni erhielt der 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit Generalleutnant Bruno Beater eine Mitteilung von Oberst Günter Halle, Chef der MfS-Abteilung Agitation, über Absprachen mit dem Abteilungsleiter der Westabteilung des SED-Zentralkomitees Heinz Geggel und dessen Stellvertreter Karl Wildenberger. Die ZK-Funktionäre hatten mit Oberst Halle das weitere Vorgehen gegenüber den West-Berliner Studenten abgestimmt. Von nun an übernahmen die MfS-Experten für die Öffentlichkeitsarbeit die Federführung für den „Vorgang ‚ASTA‘ – Ermordung des Studenten Ohnesorg durch Westberliner Polizei.“ Die ZK-Funktionäre erklärten gegenüber Oberst Halle, es sei gut, daß das MfS die Angelegenheit unter Kontrolle habe, „und dadurch nicht andere Instanzen informiert wurden, die die Sachlage nicht übersehen können“. Oberst Halle wurde von Geggel und Wildenberger über die von dem zuständigen Mitglied des Politbüros Albert Norden bestätigten Maßnahmen der Westabteilung informiert. Es wurde vereinbart, daß die MfS-Leute weiter „unter der Legende MfI oder Grenzkontrollorgan“ mit den Vertretern des AStA verhandeln würden. Mohs sei mitzuteilen, daß die Überführung der Leiche „entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt“ werde, es bestünden keine Bedenken gegen die Begleitung des Leichenwagens durch einen Konvoi. Die Kontrolle sollte wie vom AStA vorgeschlagen anhand einer Liste erfolgen. Aus „Gründen der Pietät“ sollten keine „Sichtagitation und Losungen“ an den Fahrzeugen mitgeführt werden. Dafür müsse der AStA garantieren. Zur Begründung dieser Maßgabe hieß es in einem Klammersatz: „(Auch um gegen uns gerichtete doppeldeutige Sichtagitation zu vermeiden, die am Kontrollpunkt oder auf der Autobahn zu entfernen mit politischen Folgerungen verbunden wäre.)“ Allen Personen in den begleitenden Fahrzeugen werde die Straßennutzungsgebühr erlassen. Durch den Hinweis auf eine Spende für die Witwe Ohnesorg solle der AStA dazu beitragen, daß „eventuelle Angriffe der Westpresse“ wegen der Sonderregelung mit der Begründung zurückgewiesen werden können, „daß die DDR

aus Solidarität und aus humanitären Gründen in diesem speziellen Fall auf die Gebühren verzichtet hat“. Zur Frage der Beteiligung der FDJ würde den AStA-Vertretern angeboten, selbst mit der FDJ-Zentrale zu telefonieren. Dort sollten die Vertreter des FDJ-Zentralrats Günter Bräuer und Peter Lindner bereitstehen, um zur Grenzübergangsstelle Heinrich-Heine-Straße zu kommen. Die Vertreter der FDJ würden dann im Sinne des ZK-Planes verhandeln. Abschließend baten die beiden ZK-Funktionäre darum, das weitere Vorgehen noch einmal abschließend von Seiten des stellvertretenden MfS-Ministers Bruno Beater mit Erich Honecker und Albert Norden abzustimmen.<sup>9</sup>

Dieser ZK-Plan ist ebenfalls in der Überlieferung enthalten, er sah vor: „Der internationale Protest gegen das Polizei- und Mordregime in Westberlin muß von außen her entwickelt werden. Da sind z. B. Maßnahmen mit dem Weltjugendbund, mit der westdeutschen Gewerkschaftsjugend usw. vorgesehen.“ In der Agitation solle eine Brücke zum Mord an Philipp Müller geschlagen werden. Die FDJ werde durch drei Vertreter, die „Kinder ermordeter Antifaschisten“ sind, an der Beerdigung Benno Ohnesorgs in Hannover teilnehmen. In einem internen Gespräch sollten dem AStA der FU vorsichtig Unterstützungsmaßnahmen angeboten werden. So etwa das Angebot, für verletzte Demonstranten einen Genesungsurlaub in sozialistischen Ländern zu vermitteln oder die Familie von Ohnesorg materiell zu unterstützen. „Die gesamten von unserer Seite unternommenen Maßnahmen sollen sehr vorsichtig gehalten werden, um sowohl die oppositionelle Studentenschaft nicht in eine Situation kommen zu lassen, die Repressalien des Westens herausfordert, zum anderen aber auch, um der westlichen Presse keine Handhabe zu geben, die studentische Opposition als vom Osten gesteuert oder beeinflusst bezeichnen zu können.“

Am 6. Juni um 15.30 Uhr, ging eine „Zusatzinformation“ von Oberst Halle beim stellvertretenden Minister Beater ein. Laut telefonischer Mitteilung des ZK-Funktionärs Karl Wildenberger war Jakobus Koch gegen Mittag des 6. Juni bei dem Drehbuchautor Karl-Georg Egel, der ebenfalls mit dem Vater des Studenten von früher her bekannt war, erschienen und habe um eine Zusammenkunft mit einem politisch Verantwortlichen gebeten. Koch habe die Frage aufgeworfen, ob die FDJ bei der Durchfahrt des Konvois nicht einen Ehrenspalier bilden könne. Egel rief daraufhin bei der Westabteilung im SED-Zentralkomitee an und erhielt die Auskunft, er möge Koch an die FDJ verweisen. Karl Wildenberger habe ihm aber schon erklärt, daß dem Ersuchen nach einem Ehrenspalier nicht entsprochen werde.

Um 16 Uhr meldete sich der stellvertretende DDR-Innenminister Generalmajor Willi Seifert bei Beater und teilte mit, daß ein West-Berliner Bestattungsunternehmen die Überführung im offenen Wagen plane. Es liege eine Anfrage vor, wer dafür zuständig sei. Wenig später, um 16.35 Uhr erhielt Bruno Beater eine zweite Zusatzinformation über das unterdessen erfolgte Gespräch Kochs mit dem Zentralrat der FDJ. Dort hatte Koch vorgeschlagen, „die FDJ möchte sich für den Gebührenerlaß einsetzen, damit der AStA die Möglichkeit hat der FDJ für diese Solidaritätsaktion den Dank auszusprechen“.

Um 18 Uhr erschien Michael Mohs zur Absprache am Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße. Nun sprachen MfS-Oberst Engelbrecht (HPF) und Oberstleutnant Liebig – „unser HPF-Kommandant an der Güst“ – mit ihm. Die Genehmigung zur Gebührenbefreiung wurde offiziell mitgeteilt und um die Übergabe einer Liste der am Konvoi beteiligten Fahrzeuge sowie um die Personaldaten ihrer Insassen gebeten. Mohs

---

9 Mitteilung von Oberst Halle, Abteilung Agitation, an den 1. Stellvertreter des Ministers Gen. Generalleutnant Beater vom 6. Juni 1967. BStU, ZA, MfS, ZAIG Nr. 11112.

sagte zu, daß keine Losungen an den Fahrzeugen mitgeführt würden. Danach fuhren Mohs und Koch zu einer weiteren Besprechung mit dem FDJ-Zentralrat unter die Linden.

Einen Tag später, am 7. Juni 1967, griff der Sicherheitsbeauftragte des SED-Politbüros Erich Honecker in das Geschehen ein. Karl Wildenberger teilte dem MfS die Entscheidung Honeckers in Sachen Trauerkonvoi mit. Demnach sollten nicht nur die Autobahngebühren erlassen werden. In Sichtweite der Grenzübergangsstelle Drewitz und in Höhe der Autobahnabfahrt Marienborn sollten „je 1000 FDJ'ler in Blauhemden, mit Fahnen, Losungen und Bildern des ermordeten Benno Ohnesorg Ehrenspalier bilden. Beim Vorbeifahren des Trauerkonvois werden sie stumm die Fahnen senken.“ Vor dem Standort der FDJ-Leute sollte die Volkspolizei Schilder für die Begrenzung der Geschwindigkeit auf 50 Kilometer und Überholverbotschilder aufstellen. „Jeweils am Anfang der Spaliere ist ein Mitarbeiter des ZK postiert, dem durch Kradmelder der Volkspolizei das Nahen des Konvois ¼ Stunde vorher mitzuteilen ist.“ Honecker entschied außerdem, daß das DDR-Fernsehen mit dem Team „Der Augenzeuge“, der Deutschlandsender und ADN sowie verschiedene Presseorgane nur in Höhe der FDJ-Spaliere arbeiten sollten, innerhalb der Grenzübergangsstelle jedoch grundsätzlich nicht.

Um 17 Uhr am 7. Juni übergab Mohs eine Liste mit den Kennzeichen von 110 Personenwagen. Er wurde gebeten, daß der Konvoi um 18 Uhr an der Grenze eintreffen möge, um eine zügige Abfertigung zu gewährleisten. Mohs teile mit, daß sich keine Losungen, sondern lediglich schwarze Fähnchen an den Fahrzeugen befinden würden. Mit der West-Berliner Polizei war seitens des AStA vereinbart worden, daß der Konvoi ohne Formalitäten den Kontrollpunkt passieren könne.

Am 7. Juni 1967 informierte Oberst Halle (MfS-Abteilung Agitation) den Stabschef der Hauptabteilung Paßkontrolle und Fahndung darüber, daß am folgenden Tag ab etwa 17 Uhr Mitarbeiter der Abteilung Agitation an der Grenzübergangsstelle Drewitz eintreffen, um dort Film- und Fotoaufnahmen von der Durchfahrt des Trauerkonvois zu machen. Oberst Halle meldete dazu als seine Mitarbeiter Oberleutnant Schindler, Unterleutnant Schmidt, Unterleutnant Günter und Oberfeldwebel Lasch an.

Am 8. Juni 1967 trafen der Wagen mit dem Sarg Benno Ohnesorgs und der ihn begleitende Konvoi allerdings bereits um 16.05 Uhr am Grenzübergang ein. Helmut Gollwitzer, Professor für Theologie an der Freien Universität, verabschiedete auf der West-Berliner Seite des Grenzübergangs den Trauerkondukt mit den Worten: „Nehmt diesen ersten unkontrollierten Konvoi seit Kriegsende als Zeichen der Verheißung für ein künftiges friedliches Deutschland und friedliches Mitteleuropa, in dem man wieder, ungehindert durch Autobahngebühren, Stacheldrähte und Mauern, frei hin und herfahren kann. Jeder von Euch, die am Freitagabend bei der Demonstration dabei waren, könnte jetzt in diesem Sarge liegen. Jedem von uns kann eines Tages das Gleiche geschehen, solange Polizei wie bisher belehrt und ausgebildet wird.“<sup>10</sup>

---

10 Die Ansprache von Prof. Dr. Helmut Gollwitzer am 8. Juni 1967 anlässlich der Verabschiedung des Trauerkondukts am Zehlendorfer Kleeblatt findet sich als Dokument 755 in Fichter, Tilmann/Lönnendonker, Siegward/Staadt, Jochen unter Mitarbeit von Schroeder, Klaus: Freie Universität Berlin 1948–1973. Hochschule im Umbruch Teil V (1967–1969) Gewalt und Gegen Gewalt. Berlin 1983, S. 192 f.



**BStU-Kopie**

*„Die Taktik des Hinauszögerns“ wird angewandt.*

Quelle: MfS-ZAIG-11112-Seite-0358-Bild-0024.

Laut Vermerk der Stasi-Abteilung Agitation war es zu diesem Zeitpunkt „auf Grund aller getroffenen organisatorischen Maßnahmen jedoch noch nicht möglich, den Konvoi passieren zu lassen“. Die MfS-Dokumentaristen waren nämlich noch nicht vor Ort eingetroffen. Auf Weisung des stellvertretenden Stasi-Ministers Bruno Beater wandten die Sicherungskräfte am Übergang Drewitz deshalb „die Taktik des Hinauszögerns“ an. Dem „Leiter des Konvois, dem Westberliner Studenten Stefan Grzimek (Neffe des Zoodirektors)“ wurde von einem Verbindungsoffizier mitgeteilt, daß die Grenzpassage erst zur vereinbarten Zeit möglich sei. Grzimek habe „sich vielmals entschuldigt, daß der Konvoi früher eingetroffen sei. Er und die Studenten verstünden, daß sie jetzt eine Wartezeit auf sich nehmen mußten.“ Nachdem die Stasi-Fotografen endlich mit ihren Apparaten Stellung bezogen hatten, durfte der Sargwagen um 17.45 Uhr in den Grenzübergang einfahren. Offiziere der Grenztruppen übergaben einen Strauß roter Nelken und salutierten. Hinter dem Grenzübergang drückte der FDJ-Delegationsleiter gegenüber Grzimek die Anteilnahme der FDJ aus.





**BSU-Kopie**

*Die Teilnahme der Grenztruppen.*

Quelle: MfS-ZAIG-11112-Seite-0358-Bild-0003.

Am Ende der Stasi-Sammelakte zum Transit des Trauerkondukts findet sich eine Aufstellung mit der Überschrift „Belastungsmaterial zu Westberliner Polizeibeamten“. Darin ist zu einzelnen Polizeibeamten von der Mitgliedschaft in NS-Organisationen bis zum Offiziersrang in der Wehrmacht aufgelistet, was für die Propaganda im Westen nützlich erschien. Eine Liste mit Namen von 104 Schutzpolizisten enthält Daten aus Dienstzeiten in den zwanziger und dreißiger Jahren bei der Polizei, Hinweise auf eine Tätigkeit bei der Polizei in der NS-Zeit, aber auch zahlreiche Zuordnungen wie „Hauptmann der faschistischen Wehrmacht“ oder auch nur „seit 1928 bei der Polizei“. Eine ebenfalls beiliegende Liste mit Angaben zu siebzehn Polizisten, „die faschistisch belastet sind und mit großer Wahrscheinlichkeit noch heute im Polizeidienst stehen“ stammt aus der Westabteilung des SED-Zentralkomitees (Abteilung 62). Aber auch

Personaldaten zu Polizisten der Jahrgänge 1900 ff., die wahrscheinlich nicht mehr im Dienst seien, sind auf drei weiteren Seiten erfaßt. Eine handschriftliche Notiz enthält den Namen des Todesschützen Karl-Heinz Kurras und das Datum 9. Juni 1967. Zu diesem Zeitpunkt ging vermutlich bei den eifrigen Untersuchungsführern der Abteilung Agitation die telefonische Auskunft der MfS-Leitung ein, daß die Ermittlungen zum Todesschützen einzustellen seien.

In der Kaderakte des für Kurras zuständigen MfS-Führungsoffiziers, Hauptmann Werner Eiserbeck, werden die Ereignisse vom 2. Juni 1967 und der Todesschütze nicht erwähnt. Gleichwohl ist die Kaderakte von Werner Eiserbeck ein aufschlußreiches Dokument über den Mann hinter Karl-Heinz Kurras. Im Jahr 1954 kam Eiserbeck (Jahrgang 34) vom Betriebsschutz des FDJ-Zentralrats zum Staatssicherheitsdienst. Seit Juli 1961 arbeitete er als stellvertretender Referatsleiter im „Referat Stummpolizei“, Abteilung VII der MfS-Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Während des Mauerbaus war er im Bezirkseinsatzstab des MfS als Verbindungsmann zur Volkspolizei eingesetzt. Im August 1962 wurde er Referatsleiter Westpolizei im Sonderreferat der Abteilung VII. 1964 nahm Eiserbeck als Oberleutnant ein fünfjähriges Fernstudium an der Sektion Staats- und Rechtswissenschaft der Humboldt Universität Berlin auf. Im Januar 1965 wurde Eiserbeck mit 300 MDN ausgezeichnet, weil es ihm wiederholt gelungen war, „durch klug durchdachte politisch-operative Maßnahmen wichtige operative interessante Dokumente aus dem Lager des Gegners zu beschaffen und einen Westberliner IM so zu erziehen, daß er mit Ende des Jahres 1964 die für ihn festgelegte Perspektive erfüllen konnte“. Gemeint war damit Karl-Heinz Kurras alias GM „Otto Bohl“, der zu diesem Zeitpunkt seine Tätigkeit beim West-Berliner Staatsschutz aufgenommen hatte. Im Parteilehrjahr 1965/66 nahm Eiserbeck am Zirkel Stamokap teil. Er habe im Fernstudium an der Humboldt Universität „umfangreiche Kenntnisse über Probleme des Stamokap“ erworben, heißt es in einer Würdigung durch seine SED-Grundorganisation vom 15. Juni 1966. Bald darauf beförderte das MfS Eiserbeck zum Hauptmann. In mehreren Beurteilungen durch Vorgesetzte wurde eine Überempfindlichkeit Eiserbecks gegenüber Kritik vermerkt. Er reagiere darauf aufbrausend.

In einem Personalvermerk des zuständigen Abteilungsleiters Hauptmann Friedrich vom 9. Dezember 1967 wird Eiserbeck insbesondere dafür gelobt, daß er über „umfangreiche Kenntnisse über die Westberliner Polizei und Justizorgane“ verfüge und dort „wichtige Verbindungen“ steuere. Eiserbeck sei „ständig bestrebt, diese weiterzu-



BSU-Kopie

*Er wußte Bescheid: MfS-Hauptmann Werner Eiserbeck, Führungsoffizier von Karl-Heinz Kurras, Diplomjurist der Humboldt Universität und im Fall der Besetzung West-Berlins durch sowjetische und DDR-Truppen Stasi-Kommandant des Bezirks Schöneberg.*

entwickeln“. Auch in diesem Zusammenhang wird der Vorgang „Otto Bohl“ alias Kurras nicht erwähnt. Ein Fehlschlag war die Tat des Todesschützen demnach in den Augen der Vorgesetzten von Eiserbeck nicht.

Im Jahre 1971 schloß Eiserbeck sein Jurastudium an der Humboldt-Universität mit der Note sehr gut ab und war nun Diplomburist. Es nahm danach an mehreren EDV-Lehrgängen teil, 1972 wurde er als Leiter des Referats 3 prämiert, weil er „an der Entwicklung perspektivvoller Werbevorgänge“ im Westen beteiligt war. Im Januar 1973 wurde Eiserbeck von seiner Funktion als Referatsleiter entbunden, zum stellvertretenden Leiter der MfS-Kreisdienststelle Lichtenberg ernannt und zum Major befördert. Jahr für Jahr erhielt er fortan gute Beurteilungen, Prämien, verschiedene Orden und 1986 die Beförderung zum Oberstleutnant.

Kenn- ziffer	Dienststellung	Dienstgrad	Zur Planstellenbesetzung vorgesehene Mitarbeiter / Reservisten				Auffüllung erfolgt aus	
			Dienst- grad	Name	Vorname	PKZ	DE	R-EKK
	Leiter		Major	Eiserbeck	Werner	211234 4 30040		
	Stellvertreter		Major	Plummann	Eberhard	130140 4 29749		
	Sekretärin							
	Stenotypistin							
	Stenotypistin							
	Kraftfahrer							
	Kraftfahrer							
	Kraftfahrer							
	Kraftfahrer							

*Organisationsstruktur für die MfS-Kreisdienststelle Berlin-Schöneberg aus dem Jahre 1985.*

Am 7. Oktober 1989 wurde Eiserbeck die Medaille 40 Jahre DDR und eine Prämie von 1000 Mark überreicht. Die Nachfolgeeinrichtung des Ministeriums für Staatssicherheit, das Amt für Nationale Sicherheit der DDR, beendete am 31. Dezember 1989 vorzeitig Eiserbecks Dienstverhältnis. Als seine neue Dienststelle ist handschriftlich der Rat des Stadtbezirks Lichtenberg, Abt. Gesundheitswesen, Bereich Feierabendheimverwaltung, in die Kaderakte eingetragen. Das Entlassungsgespräch mit Eiserbeck wurde am 29. Dezember 1989 geführt, er erhielt 3750 Mark „Übergangsgelöhne“ und 1600 Mark für das 36. Dienstjahr sowie das Reservistenabzeichen der NVA in Gold und die Urkunde für ehrenvolle Pflichterfüllung im MfS.<sup>11</sup> Über seine Zusammenarbeit mit Karl-Heinz Kurras hat Eiserbeck bis zu seinem Tod geschwiegen. Ob Kurras die Rolle des Unruhestifters in West-Berlin zugeordnet war,

<sup>11</sup> Die Kaderakte von Werner Eiserbeck findet sich unter BStU, ZA, MfS, KS II 155/91. Vgl. zur Biographie von Karl-Heinz Kurras auch Sven Felix Kellerhoff: Die Stasi und der Westen. Der Kurras-Komplex. Hamburg 2010, S. 95 ff.

wird sich nicht mehr klären lassen. Auszuschließen ist es in Anbetracht der „tschekistischen Tradition“, auf die Erich Mielke und sein Ministerium ihr ganzes Handeln und Denken stützten, jedenfalls nicht.



**BStU-Kopie**

*Freie Fahrt an Freier Deutscher Jugend vorbei.*

Quelle: MfS-ZAIG-11112-Seite-0358-Bild-0016.

Widerlegt sind durch die MfS-Akte Kurras allerdings alle möglichen mittleren bis weitreichende Verschwörungstheorien, die sich um die Ereignisse des 2. Juni 1967 rankten. Der Journalist Uwe Soukup faßte die wichtigsten davon in seinem 2007 erschienenen Buch „Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967“ zusammen. Das Buch erschien kurz vor dem vierzigsten Todestag Benno Ohnesorgs und wurde in den Medien breit rezipiert. Der Verfasser sieht im Rückblick auf das Schlüsselereignis der beginnenden 68er Bewegung gleich mehrere Verschwörungszentren am Werk. Der Staatssicherheitsdienst der DDR kommt in dem Buch allerdings nicht vor. Vielmehr wollten West-Berliner Polizeibeamte des höheren Dienstes laut Soukup den Berliner

Polizeipräsidenten Erich Duensing stürzen und hätten „entworfen“, was Kurras umsetzte, „um den ungeliebten Chef endlich loszuwerden“. Ein zweites Verschwörungszentrum kämpfte gegen den Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz. Eine Gruppe von „vereinigten rechten Heckenschützen“ um den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Gerd Löffler suchten nach Möglichkeiten, „Albertz zum Rücktritt zu zwingen“. Der dritte Verschwörungskomplex ging nach Auffassung des Autors vom Berliner Verfassungsschutz aus. Er reicht vom 2. Juni 1967 „bis in die Gründungsphase der RAF“. Es seien „höhere Kräfte im Spiel gewesen“, als Andreas Baaders Terroristenkarriere begann, Verfassungsschutzkreise hätten 1970 vorab von seiner bewaffneten Befreiung gewußt, ja sogar „die Fluchtautos observiert“.<sup>12</sup>

Tatsächlich ist die Rolle des Berliner Verfassungsschutzagenten Peter Urbach, der Andreas Baader bei der Waffenbeschaffung behilflich war, bis heute ungeklärt. Geklärt aber ist inzwischen, wie intensiv die Staatssicherheit der DDR dazu beigetragen hat, daß im Westen operierende Terroristen ungehindert durch die Mauer vor westdeutschen Fahndern entweichen und bei Bedarf mitsamt Waffen und Sprengstoffen auch wieder über die DDR-Grenze ins „Operationsgebiet“ Bundesrepublik zurückkehren konnten. So auch die Untergrundkämpfer der RAF und der „Bewegung 2. Juni“. Doch diese bevorzugten Transitfahrten stehen auf einem anderen Blatt des „antiimperialistischen Kampfes“, den das MfS gemeinsam mit den Waffenbrüdern aus dem westdeutschen Untergrund unter Dampf hielt.



BStU-Kopie

*Bewegung 2. Juni.*

Quelle: MfS-ZAIG-11112-Seite-0364-Bild-4-4.

---

<sup>12</sup> Soukup, Uwe: Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967. Berlin 2007.